



Eine zweite Chance für Berlin

Darum ist diese Wahl so wichtig

Die Berliner dürfen am 12. Februar 2023 ein weiteres Mal für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen wählen. Das hat der Verfassungsgerichtshof von Berlin am 16. November 2022 entschieden. Vorausgegangen waren 18 Beschwerden, die zwei Monate nach der Wahlfristgerecht bei Gericht eingegangen sind.

Die AfD Berlin hat als einzige im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretene Partei Verfassungsbeschwerden eingeleitet und einen umfangreichen Schriftsatz eingereicht. In diesem Schriftsatz haben wir die nach Akteneinsichten erkennbaren schweren Wahlfehler sowie eine Mandatsrelevanz nachgewiesen und eine Wahlwiederholung beantragt.

Lediglich vier Beschwerden wurden zur mündlichen Anhörung vom Gericht zugelassen, nämlich der Antrag der AfD Berlin, ein Antrag der Landeswahlleitung, ein Antrag der Senatsverwaltung für Inneres und ein Antrag von „Die Partei“. Dabei war der AfD-Antrag der am weitesten gehende Antrag, da er eine vollständige Wahlwiederholung forderte.

Das Verfassungsgericht hat sich vor seiner Entscheidung die Mühe gemacht, die Protokolle aller 2256 Wahllokale einzusehen und zu bewerten. Ergebnis und Aussage des Gerichts: „Alle Erkenntnisse seien nur die Spitze des Eisbergs!“ Es wurde klar festgestellt, dass die erheblichen Wahlfehler vor allem auf ein Organisationsversagen zurückzuführen sind. Verantwortlich dafür sind die Landeswahlleitung und die Senatsverwaltung für Inneres unter der Führung des damaligen Innensenators Andreas Geisel (SPD). Herr Geisel ist nach wie vor Regierungsmitglied und negiert bis heute seine Verantwortung. Er klebt an seinem Senatorenstuhl derart, dass so mancher Klimakleber vor Neid erblassen würde.

Welche Wahlfehler wurden gerichtlich festgestellt? Die Wahllokale wurden nur mit einer Grundausstattung an Wahlscheinen ausgestattet. Wahlscheine wurden vertauscht, Wahlscheine wurden kopiert und als amtlich deklariert, es gab keine ausreichende Anzahl an Wahlkabinen, Wahllokale waren mehrere Stunden wegen fehlender Wahlscheine geschlossen, Wahllokale hatten mehrere Stunden

nach 18.00 Uhr geöffnet usw. Die Wahlfehler waren so gravierend, dass offenbar Tausende Stimmen nicht oder nicht korrekt abgegeben worden sind. Die Dunkelziffer derjenigen, die vergeblich versucht hatten, ihre Stimme abzugeben, ist hoch. Alles zusammen veranlasste den Verfassungsgerichtshof von Berlin zu einem klaren, eindeutigen Urteil.

Für Berlin, die Hauptstadt einer Industrienation, ist das Urteil mehr als eine Blamage. Den Regierungsparteien wurde juristisch aufgezeigt, dass das typische Berliner „Gemurkse“ so nicht mehr weitergehen kann. Inzwischen werden OSZE-Wahlbeobachter im Februar nächsten Jahres in Berlin erwartet, und diese werden genau hinsehen, ob rechtsgültige und demokratische Wahlen in Berlin durchgeführt werden.

Es bleibt zu konstatieren: Die AfD Berlin hat bei der Aufarbeitung des Berliner Wahlchaos Rechtsgeschichte geschrieben. Besonders die Parteien SPD, CDU, Grüne, FDP, die sich immer mit dem Wort „Demokratie“ schmücken, das Wort „Demokratie“ wie eine Monstranz vor sich hertragen, haben nichts für die Aufklärung des Berliner Wahlchaos getan.

Die Wahlwiederholung auf Grundlage schwerer Wahlfehler bei der Organisation der Wahl ist in der Bundesrepublik Deutschland ein einmaliger Vorgang. Nicht nur das: Die AfD Berlin hat damit jedem wahlberechtigten Bürger dieser Stadt sein demokratisches Recht auf Teilhabe, auf Wahl ermöglicht. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und stimmen Sie am 12. Februar 2023 für die Partei, die sich für die Bürger dieser Stadt stark macht – die Alternative für Deutschland.

~DR. KRISTIN BRINKER

Klimakleber in den Knast!



Hart, aber gerecht.
Seite 3

Unsere Kandidaten

Die Listenplätze 1-20 für Berlin
Seite 4/5



Wir brauchen Energiesicherheit!

Die AfD lehnt es ab, nur auf einen warmen Winter zu hoffen, und fordert preiswerte Energie mit Gas und Kernkraft



Irre: Das Heizkraftwerk Wilmersdorf wurde genau in dem Moment demontiert, als es am nötigsten gebraucht wurde: im Jahr 2022

In diesem Winter erwarten uns im besten Fall ein gezieltes Abschalten von Strom (Brownout) und im schlimmsten Fall tatsächlich ein Blackout. Die Versorgungssicherheit mit Wärme und Strom ist nicht gesichert. Grund dafür ist die fatale ökosozialistische Politik der Energiewende bei vorzeitigem Ausstieg aus Kohle, Gas und Kernkraft.

Wie sieht es aktuell aus? Berlin verbraucht mehr Strom, als es selbst erzeugt. Etwa fünf Terrawattstunden müssen jährlich importiert werden. Diese

Menge ist gerade noch mit dem von der AfD geforderten Weiterbetrieb der drei verbliebenen Kernkraftwerke bis April 2023 vorhanden. Dennoch hofft die Branche auf

einen milden Winter. Kritisch wird es, wenn es nicht genug Gas gibt. Berlins Wärmehunger liegt bei über 30 Terrawattstunden. Die Gasag arbeitet derzeit in Alarmstufe und hofft auf gutes Wetter, denn Berlins Wärmemarkt hängt zu etwa 75 Prozent am Erdgas. Auch mit den LNG-Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven ist die Gasversorgung noch nicht sichergestellt. Ein neuralgischer Punkt ist das Mineralöl: Im Dezember trat das von der EU beschlossene Ölembargo gegen Russland in Kraft. Seitdem kommt kein Rohöl mehr über den Seeweg in die EU. Pro Tag fehlen bis zu 25.000 Tonnen Kraftstoff und Heizöl. Das entspricht acht Binnenschiffen oder 1.000 Lkw-Ladungen pro Tag. An Tankstellen kann es zu Nachschubproblemen und Panikkäufen kommen – mit allen Konsequenzen. Der Senat agiert hier völlig verantwortungslos. Unsere klare Forderung: Die Versorgungssicherheit Berlins und Deutschlands ist an erste Stelle setzen, indem das Öl- und Gasembargo aufgehoben wird und sich Deutschland vom Atomausstieg verabschiedet. **~FRANK-CHRISTIAN HANSEL**

Deutschland am Scheideweg: Energiewende und Inflation ruinieren die soziale Marktwirtschaft

Unter- und Mittelschicht droht die Verarmung – AfD fordert: Kurswechsel jetzt!

Jahrelang haben die Altparteien den Nährboden für die aktuelle Energie- und Inflationskrise bereitet. Durch den gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle- und Kernenergie haben sie die Energieversorgung Deutschlands leichtfertig aufs Spiel gesetzt und den Bürgern beispiellose Belastungen aufgebürdet.

Hinzu kam die inflationstreibende Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die darauf abzielte, mit Anleihekäufen und Negativzinsen die südeuropäischen Schuldnerstaaten zu Lasten der kleinen Sparer liquide zu halten.

Die Folgen sind verheerend: während der Staat die Bürger immer stärker schröpft, sind insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen durch den Kaufkraftschwund akut von Verarmung bedroht.

Mit dieser unsozialen Politik muss endlich Schluss sein! Es ist höchste Zeit, die falsch gestellten Weichen umzustellen.



DESHALB FORDERT DIE AfD:

- **Zurück zu einem vernünftigen Energiemix, zu dem auch fossile Energieträger und Kernkraft gehören: Nur durch eine Verbreiterung des Energieangebots kann die Energieknappheit dauerhaft überwunden werden.**
- **Statt Corona-Hilfen und Klimaablass in alle Welt zu verschleudern, müssen**

endlich die eigenen Bürger entlastet werden: Das steuerfreie Existenzminimum muss hoch auf 12.600€ und die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel muss runter von 7 Prozent auf 0 Prozent!

Denn für uns steht Deutschland an erster Stelle. **~MARTIN TREFZER**





Klimakleber in den Knast!

In mehr als 20 Fällen wurden Krankenwagen blockiert und kamen verspätet zum Unfallort

Es vergeht kaum ein Tag in unserer Stadt, in dem der Verkehr nicht durch die Extremisten der sogenannten „Letzten Generation“ behindert oder blockiert wird. Selbst vor Flughäfen schrecken sie nicht zurück.

Leidtragende sind vor allen diejenigen, die unsere Stadt am Laufen halten: der Handwerker, die Altenpflegerin und die vielen Bürger, die jeden Tag zur Arbeit gehen und ihren Dienst verrichten.

Die Blockaden stellen dabei mehr als ein bloßes Ärgernis dar; sie sorgen zunehmend dafür, dass sowohl der soziale Frieden als auch die allgemeine Sicherheit in Berlin gefährdet sind.

In bereits mehr als 20 Fällen wurden Krankenwagen blockiert und kamen deshalb erst verspätet am Unfallort an oder erreichten das nächstgelegene Krankenhaus deutlich verspätet.

Es ist nicht übertrieben, hier davon zu sprechen, dass die Klima-Chaoten wissentlich und willentlich Menschenleben riskieren, um ihre Ziele auf undemokratische Weise zu erreichen.

Der SPD-geführte Senat steht scheinbar machtlos daneben und hat nicht mehr



Foto: stock.adobe.com, Dregma Gerdic, oben: gebort

Tausende Autofahrer oder Fluggäste werden genötigt – das ist kein Dumme-Jungen-Streich

zu bieten als ein bloßes Achselzucken. Menschenleben scheinen weniger zu zählen als der vermeintliche Kampf gegen den Klimawandel. Unsere Stadt darf sich diese Erpressung nicht länger bieten lassen!

Daher fordern wir auch für Berlin eine deutliche Verschärfung des vorbeugenden

Polizeigewahrsams nach bayerischem Vorbild. Die Gefährdung von Menschenleben ist keine legitime Protestform und muss daher deutliche Konsequenzen haben.

Oder kurzum: Klima-Kleber in den Knast!

~ALEXANDER BERTRAM

Mieten senken – Illegale abschieben

Abweisung illegaler Einwanderer, Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern

Berlin ist bei der Migration längst am Limit: Infolge des Ukrainekrieges hat Berlin seit Februar 2022 ca. 85.000 Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Hinzu kommen noch 11.000 sonstige Asylbewerber. Rekordwert seit 2016!

Kindergärten, Schulen, Wohnungsmarkt und Sozialsysteme stoßen längst an Grenzen. Es fehlt an Kindergärtnerinnen und Lehrern ebenso wie an bezahlbarem Wohnraum. Sozialämter sind so überlastet, dass sie wie in Neukölln über mehrere Wochen einfach schließen.

Doch der Senat unternimmt nichts, um die Probleme zu lösen, sondern verschärft sie noch. Mit Amtsantritt des rot-rot-grünen Senats 2016 gab es in Berlin 10.000 vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, heute sind es über 18.000. Sie leben hier auf Kosten der Steuerzahler und weigern sich auszureisen.

Trotz des akuten Mangels an Wohnraum und an Unterbringungsplätzen unterlässt der Senat es jedoch unter Verstoß gegen

Bundesrecht, sie abzuschieben. Gerade erst hat der Senat unter dem absurden Vorwand, in Moldawien sei Winter, die Abschiebung von über 3.000 ausreisepflichtigen Moldawiern ausgesetzt. (Selbst Räuberbanden aus Moldawien können sich hier ungehindert festsetzen.) Dabei liegt die Schutzquote für moldawische Asylbewerber bei nur 0,2 Prozent. Das zeigt: Der Senat forciert illegale Massenzuwanderung, indem er sich weigert, Illegale abzuschieben.

Unsere Forderungen liegen auf der Hand: Stopp der Aufnahmeprogramme, Abweisung illegaler Einwanderer, Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern. **Die bisher gekommenen Ukrainer dürfen als echte Kriegsflüchtlinge temporär bleiben, neu ankommende werden in andere euro-**



Foto: Bild, 5. Dezember 2022

päische Länder, die noch Platz haben, weitergeleitet. Der Senat muss Wohnraum für Berliner schaffen, statt alles der Unterbringung von illegalen Einwanderern unterzuordnen.

~HANNO BACHMANN

Das sind unsere Kandidaten: Listenplätze 1-20



Rolf Wiedenhaupt

REINICKENDORF



Thorsten Weiß

REINICKENDORF



Carsten Ubbelohde

REINICKENDORF



Franz Kerker

MITTE



Tommy Tabor

SPANDAU



Marc Vallendar

CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF



Dr. Hugh Bronson

CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF



Antonín Brousek

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG



Harald Laatsch

STEGELITZ-ZEHLENDORF



Dr. Kristin Brinker

STEGELITZ-ZEHLENDORF



Sarah Gröber

STEGELITZ-ZEHLENDORF



Frank-Christian Hansel

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

**ES IST
ZEIT FÜR DIE
ALTERNATIVE.**

Jetzt erst recht!

**Am 12. Februar
alle Stimmen AfD!**



Hanno Bachmann

PANKOW



Ronald Gläser

PANKOW



Karsten Woldeit

LICHTENBERG



Jeannette Auricht

MARZAHN-HELLERSDORF



Gunnar Lindemann

MARZAHN-HELLERSDORF



Frank Scheermesser

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG



Frank Scholtysek

TREPTOW-KÖPENICK



Alexander Bertram

TREPTOW-KÖPENICK



Robert Eschricht

NEUKÖLLN



Martin Trefzer

TREPTOW-KÖPENICK

Jetzt erst recht! Am 12. Februar alle Kreuze: AfD



Kundgebung am 21. Januar, Beginn 14:00 Uhr

Auf dem Schloßplatz vor dem Schloß Charlottenburg

Kommen Sie mit unseren Spitzenkandidaten ins Gespräch!



**Kristin
Brinker**

**Marc
Vallendar**

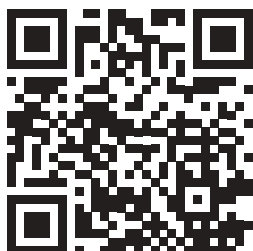
**Martin
Kohler**

**Gottfried
Curio**

Auf Ihre Spende kommt es an:

Die Alternative für Deutschland lebt vom Engagement ihrer Mitglieder. Leider sind unsere Wahlkämpfe teuer. Warum? Nur ein Beispiel: Unsere Plakate werden dreimal so oft heruntergerissen oder beschmiert wie die Plakate anderer Parteien. Das Ausbessern kostet Zeit und Geld. Wir haben jedoch nicht die Großspender wie die Regierungsparteien oder die Unterstützung durch die Mainstreammedien.

Helfen Sie uns, diesen Nachteil auszugleichen. Mit Ihrer Spende beschaffen wir weitere Plakate oder Faltblätter, finanzieren Werbeanzeigen oder die Verteilung unserer Flyer.



Mit diesem QR-Code kommen Sie zu unserem Plakat-Shop, bei dem Sie ein Plakat an ihrem Lieblingsplatz sponsern können.

<https://www.afd.de/plakatspendenshop/>

Hier sind drei weitere Gründe für eine Spende an uns:

- 1. Christian Lindner muss Ihre Spende verdoppeln.** Für jeden Spenden-Euro muss er einen dazugeben. Das ist sozial gerecht, oder?
- 2. Robert Habeck darf Ihre Spende nicht besteuern.** Parteispenden sind absetzbar. Alleinstehende können 1.650 Euro geltend machen, Paare das Doppelte.
- 3. Olaf Scholz kann Ihre Spende nicht verschenken.** Jeder Euro, der an die AfD geht, kann nicht ins Ausland umgeleitet werden: Win-win.

ÜBERWEISUNG BITTE AN

EMPFÄNGER: **AfD Landesverband Berlin**
IBAN: **DE88 1005 0000 0190 2170 22**
BIC: **BELADEBEXXX**
BANK: **Berliner Sparkasse**
VERWENDUNGSZWECK: ... **Spende AfD Berlin, Vorname, Nachname, Straße/Hausnummer, PLZ/Ort**

Geld für Schulsanierung, Wahlfreiheit für die Eltern

So bekommt Berlin die Bildungsmisere in den Griff

Im Schuljahr 2022/23 fehlen in Berlin mehr als 20.000 Schulplätze – ein wachsendes Problem. Pankow ist besonders stark betroffen: Bei den Oberschulen gibt es eine Überbelegung von etwa 2.900 Plätzen, übervolle Klassen sind die Folge. Immer mehr Schüler müssen durch andere Bezirke versorgt werden und dadurch längere Schulwege in Kauf nehmen. Ohne wirksame Gegenmaßnahmen wird das Schulplatzdefizit im Sekundarbereich I in den kommenden Jahren auf bis zu 7.000 Schulplätze anwachsen.

Sechstklässler müssen sich große Sorgen um den Schulwechsel in die Sekundarstufe machen. Selbst mit einer Note von 1,4 werden Schüler an der Wunschschule abgelehnt. Der bildungspolitische Sprecher der AfD-Hauptstadtfraktion, Thorsten Weiß, fordert deshalb die Reformierung der Regelungen zum Übergang an die weiterführenden Schulen. Schüler und Eltern müssen bei der Suche nach der geeigneten Schule eine echte Wahlfreiheit genießen.

Der Investitionsplan des Senats für die Jahre 2022-2026 berücksichtigt nur zwei Sanierungsvorhaben in Pankow, 29 Sanierungsmaßnahmen wurden jahrelang auf Eis gelegt. Das gefährdet weitere Schulplätze. Auch baureife Projekte wurden



ausgebremst, der Neubau für das Rosa-Luxemburg-Gymnasium hätte eigentlich beginnen können. Das erwartete Bevölkerungswachstum in Pankow wird die Knappheit zusätzlich verschärfen. Weiß setzt sich daher dafür ein, dass die zahlreichen verschobenen Schulbauprojekte die erforderlichen Finanzmittel erhalten.

Im maroden Max-Delbrück-Gymnasium fühlen sich Waschbären wohl, die Schüler immer weniger. Das Gymnasium am Euro-

passportpark wurde als marodeste Schule Deutschlands bekannt, Fenster fallen aus den Angeln. Die notwendige Sanierung wurde immer wieder verschoben, auch 2022 ließ der Senat die Sanierung erstmal platzen. Mit Unterstützung der AfD gingen Eltern und Schüler dagegen auf die Straße und demonstrierten für die Reparatur kaputter Schulen.

~THORSTEN WEISS

Berlin braucht Sicherheit

Die Sicherheit des Landes Berlin wurde über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt

Personalabbau, ein Sanierungsstau von knapp 1,5 Milliarden Euro, eine weit unter dem Bundesdurchschnitt liegende Besoldung, mangelhafte Ausrüstung und Ausstattung sowie gefährliche Experimente des links-grünen Senats sind das Resultat. Eine durch unseren Druck aus der Opposition kürzlich begonnene Umkehr zeigt bisher nur wenig Wirkung. Berlin braucht Maßnahmen, die die innere Sicherheit uneingeschränkt gewährleisten.

Dazu gehören eine Ausbildungsoffensive für Polizei und Feuerwehr, um den jeweiligen Personalkörper konsequent aufzubauen! Ein umfassendes Sanierungskonzept unter Einbeziehung von Experten. Die aktuelle Vorgehensweise ist jedenfalls gescheitert.

Ferner werden benötigt:

1. Ein Katastrophenschutz, der seinen Namen verdient hat. Bisher gibt es fast nur Planungen.
2. Die Rückabwicklung unnötiger Gesetze wie beispielsweise des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG), das keinen Nutzen hat, Polizisten aber verunsichert.
3. Eine Neufassung der Berliner Polizeigesetze (ASOG und UzwG), um der Polizei die notwendigen Grundlagen in die Hand zu geben.
4. Eine umfassende Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen wie Taser und Bodycams, deren Einsatz erlaubt werden muss.
5. Eine öffentlichkeitswirksame Kampagne für die Anerkennung unserer Sicherheitskräfte. Sie verdienen Respekt für ihre tägliche harte Arbeit! Dazu gehört auch

die Wiedereinführung einer freiwilligen Polizeireserve, um eine Verankerung in der Bevölkerung zu schaffen.

6. Die Anhebung der Besoldung auf das Niveau der Bundesebene.
7. Aufbau und Erneuerung des Fuhrparks, der nicht ideologisch, sondern an der Vernunft orientiert ist. E-Mobilität kann und darf nicht der Schwerpunkt sein, ebenso wenig benötigen wir Lastenfahräder bei der Polizei!

Diese Maßnahmen führen zu einer Stärkung der inneren Sicherheit, zu mehr Anerkennung und Respekt für unsere Sicherheitskräfte und damit insgesamt zu mehr Sicherheit.

Daher die Wahlentscheidung bei der AfD: **Berlin, aber sicher!**

~ALEXANDER BERTRAM

Nicht normal

Die Selbstbedienung beim RBB muss ein Ende haben



Foto: sfo.de.adohe.com, sabine händler

Der Abgang von Patricia Schlesinger als Intendantin war nur ein vorläufiger Höhepunkt des RBB-Skandals. Die Liste der peinlichen Veröffentlichungen aus der Luxus-Sendeanstalt reißt nicht ab.

Mal war es das „Angebot“ des Programmdirektors, der sofort aufhören wollte. Als „Gegenleistung“ erhält er laut BZ nun 430.000 Euro, weil er auf die Bezüge mehrerer Jahre verzichtet. Mal war es der Mietzuschuss für die neue Intendantin Karin Vernau, die trotz eines Jahresgehalts von 295.000 Euro weitere 1.000 Euro als Sofortbonus pro Monat erhält, damit sie nicht wie normalsterbliche GEZ-Zwangsbeitragszahler in einer billigen Absteige hausen muss.

Und dann kam auch noch heraus, dass die Ruhegelder für frühere Topmanager sogar eine Rente für die Witwe eines SFB-Intendanten aus den 60er-Jahren beinhalten, der 1988 verstorben ist. In diesem Fall beträgt die Summe 9.500 Euro pro Monat.

Kein normaler Arbeitnehmer bekommt solche Vergünstigungen, solche Altersversorgung, solche Abfindungen. Die Selbstbedienungsmentalität der Chefetage des Senders erinnert an Märchen aus 1001 Nacht. Die Topmanager des Senders benehmen sich wie jemand, der gerade sechs Richtige im Lotto gewonnen hat und mit dem frisch abgeholten Gewinn sofort in eine Stripteasebar geht, um jeden Gast einzuladen.

Weder der Senat noch der Rundfunkrat haben bisher wirklich etwas unternommen. Der RBB-Rundfunkrat hat – wie wir erleben mussten – versagt. Aber so, wie die RBB-Manager ihr Verhalten nicht ändern, so ändert sich auch bei den Rundfunkräten nichts. Bei der im Dezember im Abgeordnetenhaus durchgeführten Neuwahl boxten CDU und Grüne wieder ihre Leute durch, obwohl diese sich bereits in der letzten Periode von Patricia Schlesinger an der Nase haben herumführen lassen. SPD und Linke nominierten neue Kandidaten, es handelt sich aber um ihre Fraktionsvorsitzenden. Selbst wenn diese wollten: Sie werden schon aus Zeitgründen kaum Gelegenheit haben, sich mit der notwendigen Sorgfalt der Kontrolle des RBB zu widmen.

Mit einer Stimme für die AfD geben Sie das einzige Signal ab, das diese Melange aus Politik und RBB-Chefs versteht: Wir fordern die Abschaffung des Zwangsbeitrags und eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems. Am Ende muss ein schlanker und ausgewogen berichtender Sender stehen.

~RONALD GLÄSER

ANZEIGE

Wir wünschen
allen Berlinern
**Einen
warmen
Winter!**

**Jetzt noch rechtzeitig
Alternativen sichern!**



Besuchen Sie uns auf
www.warmerwinter.store

**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?
Dann können Sie uns auch
durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO:

AfD - Landesverband Berlin,
DE88 1005 0000 0190 2170 22
BELADEBEXXX

IMPRESSUM

Herausgeber AfD-Landesverband
Berlin, Kurfürstenstraße 79, 10785
Berlin **Verantwortlich im Sinne des
Presserechts** Ronald Gläser
E-Mail glaeser@afd.berlin
REDAKTIONSSCHLUSS 16. DEZEMBER 2022

**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin

AfD

Landesverband
Berlin

